### S 6 R 3825/20

#### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 2. Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 R 3825/20 Datum 25.07.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 R 2477/22 Datum 15.11.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 25. Juli 2022 wird zurÃ⅓ckgewiesen.â□□â□□

# Au̸ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.â∏∏

### **Tatbestand**â □ □ â □ □

Der Kläger begehrt von der Beklagten die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung.â□□â□□

Der 1965 geborene Kläger ist in der Türkei geboren und lebt seit 1989 in Deutschland. Er hat keinen Beruf erlernt und war nach seiner Ã□bersiedlung nach Deutschland von 1992 bis 2018 als Produktionsmitarbeiter in Druckereien versicherungspflichtig beschäftigt. Seitdem ist der Kläger arbeitsunfähig erkrankt bzw. arbeitslos. Seit Januar 2021 bezieht er Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende/ Bürgergeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), vgl. Versicherungsverlauf Bl. 40 LSG-Akte.

â∏â∏Vom 05.06.2018 bis 28.06.2018 befand sich der Kläger zur stationären medizinischen Rehabilitation in der R1klinik in K1. Die Ã∏rzte der dortigen Klinik stellten in ihrem Entlassbericht (Bl. 219 VA) folgende Diagnosen:â∏

1. Fortb. FunktionseinschrĤnkungen rechtes Schultergelenk bei Schulter-/Arm-Syndrom rechts

â□□2. MRT rechtes Schultergelenk 02/2018: Geringe AC-Gelenksarthroseâ□□

- 3. Chron. Lumbalgie â□□
- 4. Gastritis-Neigung

â□□5. Durchschlafstörungâ□□

Die Ã\(\text{Trzte}\) f\(\text{A}\)\(\text{Ahrten}\) in dem Bericht weiter aus, dass fortan leichte bis mittelschwere Arbeiten noch m\(\text{A}\)\(\text{glich}\) seien. Zu vermeiden seien \(\text{A}\)\(\text{ber}\) berkopfarbeiten, Heben und Tragen von Lasten \(\text{A}\)\(\text{Aber}\) 15 kg und h\(\text{A}\)\(\text{ufige}\) Zwangshaltungen. Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt best\(\text{A}\)\(\text{Anden keine quantitativen Einschr\(\text{A}\)\(\text{nkungen}\). Der Patient sei f\(\text{A}\)\(\text{Ar}\) alle leichten bis mittelschweren Arbeiten mit oben genannten Einschr\(\text{A}\)\(\text{nkungen vollschichtig leistungsf\(\text{A}\)\(\text{nhig}\). Nachtschichten seien wegen der Durchschlafst\(\text{A}\)\(\text{grungen nicht angeraten.}\) Der Kl\(\text{A}\)\(\text{ger habe angegeben, der zuletzt ausgef\(\text{A}\)\(\text{Ahrten T\(\text{A}\)\)\(\text{tigkeit als Arbeiter in einer Druckerei nach Genesung weiterhin nachzugehen. Diese T\(\text{A}\)\(\text{tigkeit sei ihm auch weiterhin zumutbar.}\)

Der Kläger stellte am 13.05.2019 (Bl. 184 VA im SG- Verfahren) bei der Beklagten einen Antrag auf Gewährung einer Rente wegen Erwerbsminderung.â $\Box$  $\Box$ a $\Box$ Im Rahmen der Beantragung vom Arbeitslosengeld bei der Bundesagentur für Arbeit beurteilte der dortige medizinische Dienst (M1) das Leistungsvermögen des Klägers mit unter drei Stunden täglich für länger als sechs Monate (vgl. Bl. 281 ff. VA im SG-Verfahren).â $\Box$  $\Box$ 

Der Kläger wurde sodann im Auftrag der Beklagten am 20.12.2019 von W1 ambulant untersucht. Dieser stellte in seinem orthopädischen Gutachten vom selben Tag (Bl. 340 VA im SG-Verfahren) folgende Diagnosen:â□□

- 1. Chronisches HWS-Syndrom mit leichten BewegungseinschrĤnkungen und ohne sensomotorische Defizite, bei diagnostizierten Einengungen des Wirbelkanals C6/7 und C7/Th1 Links betontâ∏
- 2. Chronisches LWS-Syndrom mit teilweise BewegungseinschrĤnkung, ohne sensomotorische Defizite bei diagnostizierten geringen VerschleiÄ□verĤnderungen â□□3. Chronisches Schmerzsyndrom, Ganzkörperschmerzen seit über 20 Jahrenâ□□Der Kläger könne weiterhin leichte bis mittelschwere Tätigkeiten im Wechsel zwischen Sitzen, Stehen und Gehen, aber auch überwiegend in einer der genannten Positionen sechs Stunden täglich verrichten. Vermieden werden sollten Heben und Tragen von Lasten regelmäÃ□ig þber 15 kg sowie regelmäÃ□ige tiefe Oberkörpervorneige, insbesondere verbunden mit Heben und Tragen von Lasten. Fþr die zuletzt ausgeþbte Tätigkeit bestehe ein aufgehobenes Leistungsvermögen. â□□â□□

Die Beklagte lehnte daraufhin den Rentenantrag des Kl $\tilde{A}$ ¤gers mit Bescheid vom 16.01.2020 (Bl. $\hat{A}$  135 VA) ab.  $\hat{a}$  $\square$  $\square$ 

Hiergegen erhob der KlĤger mit einem am 11.02.2020 bei der Beklagten eingegangen Schreiben Widerspruch (Bl. 200 VA). Zur Begrýndung machte er

geltend, dass sein Gesundheitszustand sich weiter erheblich verschlechtert habe. Er sei nicht einmal in der Lage, eine Stunde am Tag zu arbeiten. Auch seine Hausärztin halte ihn für komplett arbeitsunfähig. Er legte zudem einen Entlassbrief (Bl. 434 VA im SG-Verfahren) der m2-Klinik O1 vor, wo er sich vom 10.01.2020 bis 16.01.2020 in stationärer Behandlung befand. Bei Diagnose eines chronischen multifokalen Schmerzsyndroms habe eine Optimierung der analgetischen Therapie bis zur Entlassung eine Besserung erbracht. Der Kläger habe entgegen ärztlichen Rates die Behandlung jedoch vorzeitig abgebrochen. Darüber hinaus legte der Kläger einen Bericht der H1-Klinik S1 vor (Bl. 440 VA im SG-Verfahren). Dort war am 24.03.2020 eine perkutane minimalinvasive Dekompressionsoperation an der HWS durchgeführt worden. Der postoperative Verlauf sei komplikationslos verlaufen. â□□â□□

L1 und S2 kamen in einer sozialmedizinischen Stellungnahme vom Mai 2020 (Bl. 443 der VA im SG-Verfahren) zu den vorgelegten Unterlagen zu dem Ergebnis, dass keine Verschlechterung erkennbar sei und es daher bei der Leistungseinschätzung verbleibe. â□□â□□

Die Beklagte wies den Widerspruch des KlĤgers daraufhin unter Bezugnahme auf die EinschĤtzung des sozialmedizinischen Dienstes mit Widerspruchsbescheid vom 24.08.2020 (Bl. 211 VA) als unbegründet zurück. Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente lägen nicht vor. Das Leistungsvermögen des Klägers sei nicht auf unter sechs Stunden herabgesunken. â□□Hiergegen ist am 22.09.2020 Klage zum Sozialgericht (SG) Stuttgart erhoben worden. Zur Begründung ist ausgeführt worden, dass der Gesundheitszustand des Klägers es entgegen der Ansicht der Beklagten nicht zulasse, dass er einer Tätigkeit von einer Stunde am Tage nachgehen könne. Die den Kläger behandelnde Hausärztin gehe ebenfalls von einer vollständigen Erwerbsunfähigkeit aus.â□□â□□

Das SG hat zunächst Beweis erhoben durch die Befragung der behandelnden Ã∏rzte des Klägers als sachverständige Zeugen. â∏∏â∏

Die P1 hat mit Schreiben vom 09.03.2021 mitgeteilt (Bl. 45f. SG-Akte), der KlÄ $\alpha$ ger habe sich dort einmal im Jahr 2018 und einmal im Jahr 2021 vorgestellt. Leichte TÄ $\alpha$ tigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes kÄ $\alpha$ nne er wenigstens sechs Stunden tä $\alpha$ glich verrichten, eine dauerhafte Minderung bestehe nicht. $\alpha$ 0Der Y1 (Bl. 47 SG-Akte) hat mit Schreiben vom 14.03.2021 erklä $\alpha$ rt, den Klä $\alpha$ ger seit 2018 ein bis fä $\alpha$ 1nfmal jä $\alpha$ 2nflich behandelt zu haben. Bezä $\alpha$ 1nfmal jä $\alpha$ 2nflich behandelt zu haben. Bezä $\alpha$ 2nflich des quantitativen Leistungsvermä $\alpha$ 2ngens des Klä $\alpha$ 2gers sei ihm keine Einschä $\alpha$ 2tzung mä $\alpha$ 2nflich. Vermieden werden sollten stä $\alpha$ 2ndiges Stehen und Gehen und Sitzen, Tä $\alpha$ 2tigkeiten in gebä $\alpha$ 2nflich stellung, in Oberkä $\alpha$ 2nflich pervorneige, Ä $\alpha$ 2berkopfarbeiten und Schulterabduktion mehr als 90Å $\alpha$ 3, lä $\alpha$ 3ngerdauernden Zwangshaltungen und grä $\alpha$ 3nflich mehr als 5 kg). $\alpha$ 3nflich mehr als 5 kg). $\alpha$ 3nflicht mehr als 5 kg). $\alpha$ 4nflicht mehr als 5 kg).

R2 hat in ihrer Aussage vom 06.05.2021 ausgeführt (Bl. 63 SG-Akte), den Kläger seit dem Jahr 2000 zu behandeln. Er leide an einer schmerzbedingten und bewegungseingeschränkten Wirbelsäulenerkrankung. Der schlechte Allgemein-

und Ernährungszustand des Klägers bedingten ein unterschichtiges Leistungsvermögen. Der Kläger sei total verbraucht, vorgealtert, hochdepressiv und nicht arbeitsfähig.â□□â□□

Das SG hat weiter Beweis erhoben durch Einholung eines SachverstĤndigengutachtens von Amts wegen bei dem Z1. Dieser hat den KlĤger am 06.08.2021 ambulant untersucht und in seinem Gutachten vom 20.08.2021 (Bl. 103ff. SG-Akte) folgende Diagnosen gestellt: â□□ Chronisches generalisiertes Schmerzsyndrom mit GanzkĶrperschmerzen ohne orthopĤdisch fassbare BewegungseinschrĤnkungâ□□Chronisches HalswirbelsĤulen-Schulter-Arm-Syndrom bei skoliotischer Fehlhaltung und degenerativen VerĤnderungen der unteren HalswirbelsĤule, ohne klinisch fassbare senso-motorische Defiziteâ□□Chronisches LendenwirbelsĤulen-Syndrom ohne klinisch fassbare senso-motorische Defiziteâ□□Ausschluss einer entzÃ⅓ndlichen rheumatischen Erkrankungâ□□â□□.

Bei der Erhebung der Vorgeschichte und der kA¶rperlichen Untersuchung falle die Diskrepanz zwischen den geklagten Beschwerden und den vorgeblichen EinschrĤnkungen der kĶrperlichen TĤtigkeit und den messbaren Untersuchungsergebnissen auf. Zu keinem Zeitpunkt der Untersuchung sei es zu einem schmerzbedingten â∏Wegziehenâ∏ eines Körperabschnittes oder zu Ausweichbewegungen, um einem Provokationsschmerz zu entgehen, gekommen. Diese Untersuchungsergebnisse seien nahezu identisch mit den Ergebnissen aus dem Gutachten des W1 aus dem Jahr 2019. Es sei in den zurückliegenden 1,5 Jahren zu keiner Verschlechterung der BewegungsausschlĤge gekommen. Der KlĤger trage einen nicht zu unterschĤtzenden Teil zu seiner verminderten körperlichen Situation bei, indem er einen intensiven Nikotinkonsum betreibe (eine Schachtel/ Tag) und offensichtlich eine Opiatabhängigkeit bestehe. Auf dem Boden der erhobenen Befunde bestehe beim KlÄxger auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine vollschichtige LeistungsfĤhigkeit für leichte Tätigkeiten in wechselnder KĶrperhaltung zwischen Sitzen, Stehen und Gehen. Bei einer überwiegend sitzenden TÄxtigkeit sollte auf eine modernen Ansprļchen genļgende ergonomische Büroeinrichtung geachtet werden.â∏∏â∏∏

Das SG hat sodann nach vorheriger Anhörung die Klage mit Gerichtsbescheid vom 25.07.2022 abgewiesen. Die näher dargelegten Voraussetzungen für die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente lägen nicht vor. Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen lägen nach Mitteilung der Beklagten zwar vor, der Kläger sei aber weder voll noch teilweise erwerbsgemindert.â□□Die für die Beurteilung des Leistungsvermögens des Klägers maÃ□geblichen Gesundheitsstörungen lägen auf orthopädischem Fachgebiet. Der Kläger leide hier an einem chronischen Halswirbelsäulen-Schulter-Arm-Syndrom bei skoliotischer Fehlhaltung und degenerativen Veränderungen der unteren Halswirbelsäule, ohne klinisch fassbare sensomotorische Defizite sowie einem chronischen Lendenwirbelsäulensyndrom ohne klinisch fassbare sensomotorische Defizite. DarÃ⅓ber hinaus bestehe ein chronisches Schmerzsyndrom mit Ganzkörperschmerzen, welches allerdings keine orthopädisch fassbaren Bewegungseinschränkungen verursache. Diese Feststellung habe das SG dem

Gutachten des gerichtlichen SachverstĤndigen Z1 entnommen, wobei die vorliegenden Erkrankungen diagnostisch auch den Feststellungen des behandelnden Y1 sowie des Gutachters im Verwaltungsverfahren W1 entsprächen.â□□Eine rentenberechtigende Einschränkung des beruflichen LeistungsvermĶgens resultiere aus diesen Erkrankungen jedoch nicht. Zur ̸berzeugung des Gerichts sei der Kläger nach wie vor in der Lage leichte Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mindestens sechs Stunden täglich zu verrichten. Hierbei stützte das Gericht sich auf die umfassend schlüssig begründet und nachvollziehbaren Ausführungen der Gutachten von Z1 und W1. Berufsschutz bestehe aufgrund des Geburtsdatums des KIAxgers nicht. Beide Gutachter hÃxtten im Rahmen der ambulanten Untersuchungen eine freie Beweglichkeit sĤmtlicher ExtremitĤten dokumentiert. Die gemessenen BewegungseinschrĤnkungen im WirbelsĤulenbereich seien leicht. Eine Kraftminderung oder Muskelatrophie kA¶nne nicht festgestellt werden. Insgesamt resultierten aus den vom KlĤger geltend gemachten Schmerzen somit keine EinschrĤnkungen, die ein quantitativ gemindertes LeistungsvermĶgen bezüglich leichter TÃxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes begründen könnten.

â∏Auch der behandelnde Y1 benenne an EinschrĤnkungen des KlĤgers bezüglich einer beruflichen Tätigkeit lediglich Einschränkungen qualitativer Art. Diese EinschrĤnkungen qualitativer Art seien für das SG bei Schmerzen des Bewegungsapparates nachvollziehbar. Auch die Gutachter W1 und Z1 bestÄxtigten das Vorliegen qualitativer LeistungseinschrĤnkungen, die jedoch nicht über die von Y1 aufgeführten Einschränkungen hinausgingen. Die Einschätzung der behandelnden R2 könne demgegenüber nicht überzeugen. Für die Beurteilung der orthopĤdischen Leiden sei die EinschĤtzung der befragten FachÃxrzte bereits aufgrund deren fachlicher Qualifikation für das SG überzeugender. Auch begründe die Hausärztin eine quantitative Minderung des LeistungsvermĶgens damit, dass der KlĤger hoch depressiv sei und aufgrund seiner Schmerzen keine berufliche TÄxtigkeit mehr ausļben kĶnne. Soweit hier Diagnosen auf nervenĤrztlichem Fachgebiet gestellt würden (Depression, BestÄxtigung. In der SchweigepflichtentbindungserklÄxrung habe der KlÄxger angegeben, alle drei Monate in der Praxis R2 & Kollegen aufgrund seiner psychischen Probleme in Behandlung zu sein. Auf eine entsprechende Nachfrage des Gerichts sei vonseiten der Praxis jedoch lediglich ein Besuch im Jahr 2018 und ein Besuch im Jahr 2021 wegen Spannungskopfschmerzen bestÄxtigt. Dies lasse Zweifel an Therapiebemühungen des Klägers bezüglich möglicherweise vorliegender psychischer Erkrankungen aufkommen. Zwar sei das Vorliegen entsprechender Therapiebemühungen nicht allein ausschlaggebend für die Frage einer aus psychischen Erkrankungen resultierenden quantitativen Leistungsminderung, wenn allerdings Therapiebemühungen behauptet würden, welche sich als falsche Angabe erwiesen, so widerspreche dies deutlich einem vorliegenden Leidensdruck des KlAzgers und spreche vielmehr fA1/4r ein Rentenbegehren. Bezüglich der Einschränkungen durch das geltend gemachte Schmerzsyndrom könne sich das Gericht auch aufgrund der Schilderungen des gerichtlichen SachverstĤndigen ļber den Ablauf der ambulanten Untersuchung

nicht davon überzeugen, dass für den Kläger hieraus wesentliche objektive Einschränkungen resultierten. Z1 beschreibe eine Diskrepanz zwischen den geklagten Beschwerden und den vorgeblichen Einschränkungen der körperlichen Tätigkeit und den messbaren Untersuchungsergebnissen. Zu keinem Zeitpunkt der Untersuchung sei es zu einem schmerzbedingten â□□Wegziehenâ□□ eines Körperabschnittes oder zu Ausweichbewegungen, um einem Provokationsschmerz zu entgehen, gekommen. Dies sei aber zu erwarten gewesen, wenn die vom Kläger geltend gemachten Schmerzen für ihn tatsächlich zu einer fassbaren Einschränkung führen würden. AbschlieÃ□end hat das SG festgestellt, dass beim Kläger auch keine schwere spezifische Leistungsbehinderung in Gestalt einer Einschränkung seiner Wegefähigkeit vorliege. â□□â□□

Gegen den seinem BevollmĤchtigten gegen elektronisches Empfangsbekenntnis am 10.08.2022 zugestellten Gerichtsbescheid hat der KlĤger am 24.08.2022 Berufung zum Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg erheben lassen. Zur Begrþndung ist vorgetragen worden, dass der Kläger unter chronischen Schmerzen leide und diese dazu führten, dass dem Kläger eine normale Lebensführung, geschweige denn ein regelmäÃ□iges Arbeiten unmöglich sei. Die Schmerzen seien so stark ausgeprägt, dass der Kläger sich mehrmals am Tag mit dem Rþcken auf den Boden legen mþsse, da ihm buchstäblich keine andere Körperhaltung mehr möglich sei. Da den Kläger diese überwältigen Schmerzen jederzeit übermannen könnten, scheue sich dieser das Haus zu verlassen, um nicht in der Ã□ffentlichkeit zusammenzubrechen. Das Risiko eines solchen Zusammenbruchs bestehe selbstverständlich auch und insbesondere beim Durchführen von Arbeiten. Der Kläger könne daher nicht mehr mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein. â□□â□□

Der Kläger beantragt,â□□â□□

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 25. Juli 2022 sowie den Bescheid vom 16. Januar 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 24. August 2020 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm eine Rente wegen voller bzw. teilweiser Erwerbsminderung zu gewähren.â□□â□□

Die Beklagte beantragt,

â∏â∏die Berufung zurückzuweisen. â∏â∏Die Berichterstatterin hat mit den Beteiligten am 23.11.2022 einen Termin zur Erörterung des Sachverhaltes durchgeführt. Hier hat der Kläger u.a. auf Nachfrage mitgeteilt, dass eine psychiatrische Behandlung derzeit nicht stattfinde. Er habe allerdings eine Schmerztherapie angefangen. â∏∏â∏∏

Der Senat hat sodann auf Antrag des Klägers ein Gutachten nach § 109 Sozialgerichtsgesetz (SGG) bei der H2 eingeholt. Diese hat den Kläger am 04.04.2023 ambulant untersucht und in ihrem Gutachten vom 17.04.2023 (Bl. 67 ff. LSG-Akte) ausgefýhrt, dass beim Kläger auf neurologischem und psychiatrischem Fachgebiet nach aktuellem Befund und der Sichtung der Vorinformationen sowie der Längsschnittbetrachtung keine fassbaren

Erkrankungen vorlÄxgen. Eine somatoforme SchmerzstĶrung sei vordiagnostiziert, kA¶nne aber auf Grund der aktuellen Untersuchungsergebnisse nicht mit der erforderlichen Sicherheit verifiziert werden. Insbesondere lasse sich Aggravation nicht zweifelsfrei ausschlieÃ⊓en. Es müsse hier nicht um bewusste Aggravation gehen, es sei dem Probanden offenbar bislang nicht mĶglich, ein adĤguates Krankheitskonzept auszubilden. Jedenfalls stimmten die geklagten Beschwerden nicht mit dem Verhalten in der Untersuchungssituation überein. Während der gesamten Untersuchungssituation habe der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) Stunden keinerlei Schmerzen vorgetragen, habe auch Gangproben und erschwerte Gangproben einwandfrei demonstrieren kA¶nnen, wohingegen andererseits jegliche Berührungen als äuÃ∏erst schmerzhaft geschildert worden seien. Dies lasse sich letztlich mit dem Krankheitsbild der somatoformen SchmerzstĶrung bzw. Fibromyalgie nicht in Einklang bringen. Die Erkrankungen auf orthopĤdischem Fachgebiet seien nur fachfremd zu beurteilen, eine vĶllige Schonhaltung mit Darniederliegen sÄmmtlicher AktivitÄmten sei aber sicherlich nicht fĶrderlich fļr die zugrundeliegenden orthopĤdischen Erkrankungen und kĶnne auch auf Dauer eine psychiatrische Erkrankung wie Depressionen nach sich ziehen. Die psychiatrische Vorgeschichte sei im Wesentlichen leer. Weder gebe es in der Kindheit trotz der schwierigen Bedingungen klinisch fassbare Symptome, noch sei es im Erwachsenenalter zu psychischen Problemen gekommen, die behandlungsbedürftig gewesen seien. Auf psychiatrischem Fachgebiet existierten bislang auch keine Vorbefunde. Es bestehe im psychiatrischen Befund auA

er einem ausgiebigen RÃ1/4ckzug und regressiven Tendenzen kein Hinweis auf eine depressive Symptomatik. Die Stimmung sei unbeeintrÄxchtigt, die SchwingungsfĤhigkeit sei erhalten, auffallend sei lediglich eine AppetitstĶrung mit Gewichtsabnahme. Diese sei allerdings bislang offenbar nicht haus Azrztlichinternistisch abgeklĤrt. Ansonsten imponierten keine spezifischen Symptome, die etwa auf eine depressive Episode hindeuten wýrden, auch nicht auf eine wahnbildende Erkrankung, eine PersĶnlichkeitsstĶrung oder gar eine süchtige Entwicklung. Die regelmäÃ∏ige Einnahme von Opiaten werde allerdings vom Kläger auch nicht kritisch hinterfragt.â∏Im Rahmen der psychopathologischen Befunderhebung hat die Gutachterin u.a. festgestellt, dass sich ein wacher, bewusstseinsklarer und zu allen QualitAxten voll orientierter Proband, der mit erheblicher Sprachbarriere Kontakt aufgenommen habe, prÄxsentiert habe. Es sei ein Dolmetscher benĶtigt worden. Der KlĤger habe zunĤchst sehr widerwillig Kontakt aufgenommen, er habe im Winterparka und mit Mütze gekleidet den Untersuchungsraum betreten und spontan angegeben, dass er keinesfalls mehr arbeiten kå¶nne, ohne die Erklå¤rungen der Gutachterin zu Beginn der Untersuchung abzuwarten. Dabei habe er einen eher kindlich-trotzigen Eindruck gemacht. Nach einigen ErklĤrungen habe er sich erst auf die Untersuchung eingelassen, habe jammerig und vorwürflich Kontakt aufgenommen. Zwischenzeitlich sei er freundlich-zugewandt und auskunftsbereit gewesen. Insgesamt bestehe keinerlei Behandlungsbereitschaft bei KrankheitsverstĤndnis oder nicht ausschlie̸barer Aggravationsneigung mit deutlich vorgetragenem Rentenbegehren. Die Antriebslage sei reduziert mit Schonhaltung und Aufenthalt den Tag über nahezu ausschlieÃ∏lich im Bett, zusätzlich Versorgungswþnsche und regressive Tendenzen. Im Affekt sei keine deutliche Verschiebung zum depressiven oder manischen Pol feststellbar bei leicht eingeschrĤnkter

SchwingungsfĤhigkeit. Die Psychomotorik sei regelrecht trotz der vorgetragenen multiplen GanzkA¶rperschmerzen. In der Schmerzschilderung sei er eher vage, kaum ins Detail gehend, auch auf Nachfrage nicht weiter prÄzzisierend. Es sei ein reduzierter Appetit mit Gewichtsabnahme geschildert worden, das Schlafverhalten sei durch regelmäÃ∏iges Aufwachen gekennzeichnet. Die Konzentration sei subjektiv schlecht, im Verlauf der Untersuchung aber nicht weiter nachlassend. MerkfĤhigkeit und GedĤchtnis seien regelrecht gewesen, ebenso Gedächtniszugriff. Es hätten keine Hinweise auf phobische Ã∏ngste oder Zwangsverhalten gegeben und keine Hinweise auf inhaltliche DenkstĶrungen wie Sinnestäuschung, Ich-Störungen oder paranoides Erleben. Im formalen Gedankengang sei er gut geordnet bei dezenter Grübelneigung gewesen. Von SuizidalitÃxt habe er sich klar distanziert.â∏Da keine wesentlichen GesundheitseinschrĤnkungen auf psychiatrisch-neurologischem Fachgebiet festgestellt worden seien, kA¶nne hieraus auch keine LeistungseinschrA¤nkung folgen. Selbst wenn eine somatoforme SchmerzstĶrung festgestellt werden könnte, würde diese darüber hinaus keine Auswirkungen auf die quantitative LeistungsfĤhigkeit des Betroffenen haben. Die qualitativen EinschrĤnkungen seien auf orthopĤdischem Fachgebiet bereits in mehreren Gutachten beschrieben worden. Schwere Arbeiten in einer Druckerei mit Heben und Tragen von Lasten seien insofern sicherlich nicht mehr leidensgerecht. Leichte TÄxtigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt könnten noch vollschichtig ausgeübt werden.â∏∏â∏∏

Der Kl $\tilde{A}$ ¤ger hat nach Erhalt des Gutachtens mit Schreiben vom 03.05.2023 mitteilen lassen, dass er das Verfahren fortf $\tilde{A}$  $^{1}$ 4hren m $\tilde{A}$  $^{1}$ 9chte. Weiterer Vortrag ist nicht erfolgt.

â∏â∏Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz sowie die beigezogenen Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen. â∏Â∏∏**â**∏∏Â∏∏

## Entscheidungsgründeâ□□

â∏Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Klägers, ist statthaft und auch im Ã∏brigen zulässig. BerufungsausschlieÃ∏ungsgründe liegen nicht vor (§ 144 SGG). â∏â∏

Die Berufung ist jedoch unbegrù⁄₄ndet. â□□â□□

Der angefochtene Gerichtsbescheid des SG Stuttgart vom 25.07.2022 und der Bescheid vom 16.01.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 24.08.2020 sind rechtmĤÄ□ig und verletzen den KlĤger nicht in seinen Rechten. Der KlĤger hat keinen Anspruch auf GewĤhrung einer Rente wegen voller bzw. teilweiser Erwerbsminderung.â□□â□□

Das SG hat in den Entscheidungsgr $\tilde{A}^{1}$ /4nden des angefochtenen Urteils zutreffend die rechtlichen Grundlagen f $\tilde{A}^{1}$ /4r die hier von der Kl $\tilde{A}$  $^{\pm}$ gerin beanspruchte Rente wegen Erwerbsminderung ( $\hat{A}$  $^{\pm}$  $\hat{A}$  $^{\pm}$ 3 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch [SGB VI]) dargelegt und zutreffend ausgef $\tilde{A}^{1}$ /4hrt, dass ein Anspruch auf Rente wegen voller

oder teilweiser Erwerbsminderung nicht besteht, weil der Kl $\tilde{A}$ ¤ger noch mindestens sechs Stunden t $\tilde{A}$ ¤glich f $\tilde{A}$ ¼r leichte T $\tilde{A}$ ¤tigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt leistungsf $\tilde{A}$ ¤hig ist. Der Senat schlie $\tilde{A}$  $\Box$ t sich dem nach eigener Pr $\tilde{A}$ ¼fung uneingeschr $\tilde{A}$ ¤nkt an, sieht deshalb gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$  $\Box$   $\frac{\tilde{A}}{\tilde{A}}$  153 Abs. 2 SGG von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr $\tilde{A}$ ¼nde weitgehend ab und weist die Berufung aus den Gr $\tilde{A}$ ¼nden des angefochtenen Gerichtsbescheides zur $\tilde{A}$ ¼ck. $\hat{a}$  $\Box$  $\Box$  $\Box$ 

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Berufungsverfahren. Der Senat kann sich nach der Gesamtw $\tilde{A}^{1}/_{4}$ rdigung der vorliegenden  $\tilde{A}$ xrztlichen Unterlagen nicht davon  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berzeugen, dass der Kl $\tilde{A}$ xger unter Ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigung qualitativer Leistungseinschr $\tilde{A}$ xnkungen nicht mehr in der Lage ist, einer leichten k $\tilde{A}$ rperlichen T $\tilde{A}$ xtigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r sechs Stunden und mehr nachzugehen. Wie das SG ist auch der Senat davon  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berzeugt, dass keine so weitreichenden Einschr $\tilde{A}$ xnkungen bestehen, als dass das Leistungsverm $\tilde{A}$ gen des Kl $\tilde{A}$ xgers hier auf unter sechs Stunden herabgesunken ist.  $\hat{a}$ 

Zu einem anderen Ergebnis führen insbesondere auch nicht die Ermittlungen im Berufungsverfahren. Vielmehr hat auch das nach § 109 SGG eingeholte Gutachten der H2 ein noch vollschichtiges Leistungsvermögen fÃ⅓r zumindest leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes bestätigt. â∏Die Ausführungen der Gutachterin sind schlÃ⅓ssig, widerspruchsfrei und nachvollziehbar. Die Gutachterin hat den Krankheitsverlauf ausfÃ⅓hrlich geschildert, ist den Beschwerden nachgegangen und hat den Kläger sorgfältig und umfassend untersucht. Sie hat eine ausfÃ⅓hrliche Anamnese erhoben, den Kläger umfassend zu seinen Beschwerden, seiner Biographie und Krankheitsgeschichte, dem Tagesablauf und zur aktuellen Therapie befragt und einen neurologischen und psychopathologischen Befunde erhoben. Der Senat hat daher keinen Anlass an der Vollständigkeit der erhobenen Befunde und an der Richtigkeit der daraus gefolgerten Leistungsbeurteilung von H2, wie auch an den Feststellungen des in erster Instanz eingeholten Gutachtens bei Z1, zu zweifeln, zumal nach Erhalt des Gutachtens von H2 kein weiterer Vortrag des Klägers mehr erfolgt ist. â∏∏â∏

Der Senat ist nach alledem der Ä\[
\begin{align\*} berzeugung, dass der Kl\tilde{A}\[
\mathbb{x}\] ger noch leichte T\tilde{A}\[
\mathbb{x}\] tigkeiten mit den bereits vom SG festgestellten qualitativen Einschr\tilde{A}\[
\mathbb{x}\] nkungen, aus denen sich auch keine Summierung ungew\tilde{A}\[
\mathbb{n}\] hnlicher Leistungseinschr\tilde{A}\[
\mathbb{x}\] nkungen ableiten l\tilde{A}\[
\mathbb{x}\] sst, noch sechs Stunden und mehr arbeitst\tilde{A}\[
\mathbb{g}\] lich im Rahmen einer F\tilde{A}\[
\frac{1}{4}\] nf-Tage-Woche zumutbar verrichten kann.

â□□Anhaltspunkte dafür, dass die Erwerbsfähigkeit des Klägers aufgrund einer Verschlossenheit des Arbeitsmarktes â□□ beispielsweise wegen eingeschränkter Wegefähigkeit oder dem Erfordernis betriebsunüblicher Pausen â□□ beeinträchtigt ist, liegen nicht vor. Z1 hat keine Einschränkungen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Fähigkeit vier Mal täglich jeweils mehr als 500 m in weniger als 20 Minuten zurückzulegen, festgestellt und auch aus dem Gutachten von H2 lässt sich keine Einschränkung der Wegefähigkeit ableiten. Der Senat kann auch keine Anhaltspunkte dafür erkennen, dass der Kläger betriebsunübliche Pausen benötigt. Auch dies entnimmt er den

genannten Gutachten. â∏∏â∏∏

Weitere Ermittlungen waren nicht geboten. Der Senat sieht den Sachverhalt durch die eingeholten Gutachten in erster und zweiter Instanz sowie im Verwaltungsverfahren als umfassend aufgeklĤrt an, zumal der KlĤger auch keine substantiierten EinwĤnde gegen das eingeholte Gutachten von H2 erhoben hat. â∏â∏

Nach alledem besteht kein Anspruch auf eine Rente wegen Erwerbsminderung. â∏â∏

Ein Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit besteht schon deshalb nicht, weil der Kläger 1965 und damit nach dem maÃ $\square$ geblichen Stichtag des <u>§ 240 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI</u> geboren ist.â $\square$  $\square$ â $\square$  $\square$ 

Die Berufung war daher zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzuweisen. $\hat{a}_{\parallel}$  $\hat{a}_{\parallel}$ Die Kostenentscheidung beruht auf  $\hat{A}$ § 193 SGG.

 $\hat{A}_{\alpha} = \hat{A}_{\alpha} = \hat{A}_{\alpha}$  die Zulassung der Revision liegen nicht vor ( $\hat{A}_{\alpha} = \hat{A}_{\alpha} = \hat{A}_{\alpha}$ 

Erstellt am: 21.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024